

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 248 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
12.07.2010**

### **Grüne kritisieren Entscheidungsschwäche der Landesregierung in der Schulpolitik**

**Flexibilität bei der Einrichtung von Gesamtschulen gefordert**

Die Landtagsgrünen haben die Landesregierung aufgefordert, die Entscheidung über eine neue, zukunftsorientierte Ausrichtung der Schulstruktur in Niedersachsen nicht weiter zu verzögern und dogmatische Barrieren endlich abzubauen.

„Die Anmeldezahlen zur Hauptschule gehen seit Jahren dramatisch zurück, die Nachfrage der Eltern nach Integrierten Gesamtschulen steigt von Jahr zu Jahr, erste Schulschließungen sind längst Realität, aber die Landesregierung hat noch immer kein Konzept, sondern plant erst einmal Arbeitsgruppen“, sagte die schulpolitische Sprecherin Ina Korter heute in Hannover. Die kommunalen Spitzenverbände mahnten seit langem mehr Flexibilität an, um angesichts des demografischen Wandels ihre Schullandschaft noch sinnvoll planen zu können. „Nach 7 Jahren ideologisch verbohrt Schulpolitik in Niedersachsen muss die Landesregierung endlich den Tatsachen ins Auge sehen und handeln. Die Kommunen brauchen die Freiheit, Integrierte Gesamtschulen dort zu gründen, wo sie benötigt und von den Eltern gefordert werden - und sie brauchen die Freiheit, auch kleine Gesamtschulen zu planen“, so Korter.

Die Entscheidungsschwäche der CDU/FDP geführten Landesregierung dürfe nicht länger auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Kommunen ausgetragen werden. Wer die Kommunen zur Aufrechterhaltung eines gegliederten Schulwesens zwingt, sei dafür verantwortlich, wenn im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen immer mehr Schulen geschlossen würden, so Korter.